

KOMMENTAR | Die Tarifrunde 2012 wird so kompliziert wie selten – auch weil die Gewerkschaften parallel verhandeln. *Von Bert Losse*



Nicht grün

Jetzt liegt alles auf dem Tisch: Nach IG Metall und Verdi preschte in der vergangenen Woche auch die drittgrößte Gewerkschaft des Landes mit einer strammen Lohnforderung vor. Die IG Bergbau, Chemie, Energie will in der anstehenden Tarifrunde für die 550 000 Chemie-Beschäftigten sechs Prozent mehr Geld herausholen. Damit liegt die IG BCE knapp unter ihren beiden Schwestergewerkschaften, die jeweils 6,5 Prozent für ihre Klientel reklamieren.

Dass IG Metall, Verdi und IG BCE parallel verhandeln, kommt sehr selten vor – und es macht diese Tarifrunde nicht gerade einfacher. Es geht um die Arbeitskosten von fast sechs Millionen Beschäftigten und einmal mehr um die zentrale Frage, wo der gerechte Lohn liegt – und wo die gerechte Beteiligung der Arbeitnehmer am Erfolg ihrer Unternehmen.

STRENGE RITUALE

Normalerweise folgt eine Tarifrunde strengen Ritualen. Die Gewerkschaften stellen eine Mondforderung auf, von der sie wissen, dass sie diese niemals durchsetzen können. Die Arbeitgeber ihrerseits warnen – je nach Konjunkturlage – davor, durch höhere Löhne einen Aufschwung abzuwürgen oder einen Abschwung zu verstärken. Am Ende einigen sich die Tarifparteien auf einen Abschluss, der in der Regel leicht über der Hälfte der ursprünglichen Forderung liegt. Das klappt hierzulande sogar meist ohne flächendeckende Streiks.

Diesmal aber ist die Lage komplizierter. Es besteht die

Gefahr, dass sich Spitzenfunktionäre und Tarifkommissionen gegenseitig hochschaukeln und organisationspolitische Fragen einen unguuten Stellenwert bei der gewerkschaftlichen Verhandlungstaktik erhalten. Denn man darf die Konkurrenz der Gewerkschaften untereinander nicht unterschätzen. In vielen Wirtschaftsbereichen zanken sie sich um Zuständigkeiten und Mitglieder, etwa in der Energie- und Wasserwirtschaft, dem Entsorgungsbereich oder der IT-Branche. Vor allem IG BCE und IG Metall sind sich nicht grün und beäugen misstrauisch das Tarifgebaren des anderen.

Nach Jahren des Niedergangs haben die Gewerkschaften begonnen, all ihre Kraft auf die Mitgliedererwerbung zu richten. Das strahlt auf die Tarifpolitik aus – erst recht, wenn sich Verhandlungsergebnisse wie diesmal zeitnah vergleichen lassen. Dass Verdi und IG Metall eine Übernahmepflicht für Azubis durchsetzen wollen, liegt nicht nur am guten Herz ihrer Funktionäre, sondern auch an der Mitgliederstatistik, in der junge Menschen unterrepräsentiert sind. Auch dass die IG Metall einen „Branchenzuschlag Metall“ für Leiharbeiter fordert, ist ihrem Organisationsgrad dort sicher nicht abträglich.

Man kann nur hoffen, dass die Gewerkschaften – wie in den jüngsten Tarifrunden – ihrer gesamtwirtschaftlichen Verantwortung gerecht werden und nicht überziehen. Dass angesichts der robusten Verfassung der Wirtschaft ein reales Plus auf den Lohnzetteln der Beschäftigten geboten ist, sollte den Arbeitgebern bewusst sein.

NEW ECONOMICS

Ganz oder gar nicht

Die schärferen Eigenkapital-Auflagen für Banken könnten die Staatsschuldenkrise weiter verschärfen, sagt eine neue Studie.

Die Vorgabe ist klar: Um die Investoren zu beruhigen, sollen sich Europas Banken mit mehr Eigenkapital gegen eine Staatspleite rüsten. Doch der Schuss könnte nach hinten losgehen: Die strengeren Anforderungen der Europäischen Bankenaufsicht Eba, nach denen die Geldhäuser bis Juni dieses Jahres mindestens neun Prozent Kernkapital vorweisen müssen, heizen die Staatsschuldenkrise zusätzlich an. Zu diesem Ergebnis kommt eine neue Studie der Mannheimer Ökonomen Hans Peter Grüner und Daniel Patrick Müller.*

Über 117 Milliarden Euro zusätzliches Kapital brauchen die Banken, um die neue Quote zu erfüllen. Hinzu kommen 39,4 Milliarden Euro für den sogenannten Kapitalpuffer, mit denen die Institute mögliche Verluste durch faule Staatspapiere abfedern sollen. Die Anforderungen der Eba schaden laut Grüner und Müller vor allem den PIIGS-Staaten, denn ihnen gehe ohnehin das Kapital aus. Für sie werde es noch schwieriger, an Geld zu kommen, weil sie nun mit den europäischen Banken um Investoren konkurrieren müssten. Das treibt laut Studie die Anleihe-Renditen weiter nach oben. Zusätzlich unter Druck könnten die Staatspapiere kommen, wenn die Geldhäuser verstärkt Anleihen pleitebedrohter Länder aus ihrem Depot werfen, um so vorsichtige Anleger von einem Investment zu überzeugen.

Die Ökonomen befürchten, dass manche Banken für die ge-

forderte Kapitalerhöhung die Hilfe ihrer Regierung benötigen. Das dürfte für einige hoch verschuldete Staaten schwierig werden; sie müssten um Geld aus dem EFSF bitten. Die Rettung durch den EFSF mithilfe von Investoren könne aber nur funktionieren, wenn die Anleger darauf vertrauen, dass es keinen Haircut bei Italien und Spanien gebe und dass die Staatsschulden zurückgezahlt werden. Die Vorgaben der Eba



signalisieren jedoch, dass eine Pleite von den Regierungen nicht ausgeschlossen werde und sie deshalb die Banken schützen müssen.

Ist eine Kapitalerhöhung also falsch? Die Regierungen müssten sich entscheiden und alles auf eine Karte setzen: Entweder sie rüsteten die Banken gegen eine Pleite und verordnen ihnen eine noch viel kräftigere Kapitalspritze. Oder sie verzichten ganz darauf – und setzen alles auf eine Rettung Italiens und Spaniens durch den EFSF.

„Würden die Länder darauf bestehen, die Institute mit mehr Kapital gegen Staatspleiten zu schützen, reichte die bisherige Regelung nicht. Doch die jetzige Lösung ist halbherzig“, resümieren die Autoren Grüner und Müller.

* Hans Peter Grüner, Daniel Müller: Not A Good Fit: The European Banking Authority's New Capital Requirements And The EFSF, CESifo Forum 4/2011

anne.kunz@wiwo.de | Frankfurt